

**Außerordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 29. November 2015 in Stadtroda**

---

**Seite 1 von 6**

**Leitantrag**

---

**Antragsinhalt:           Der Freistaat als Gründerland - Wie Thüringen seine  
                                  wirtschaftliche Zukunft sichern muss**

**Antragsteller:           Landesvorstand**

---

Der Landesparteitag möge beschließen:

1

**Der Freistaat als Gründerland**

2

**Wie Thüringen seine wirtschaftliche Zukunft sichern muss**

3

4

**Präambel**

5 Erfolgreiche Unternehmen bilden das Rückgrat der sozialen Marktwirtschaft. Sie geben  
6 Menschen Beschäftigung und ein Auskommen, welches wiederum die Grundlage der  
7 sozialen Sicherungssysteme bildet. Sie erwirtschaften das Gros der Ressourcen, welche zur  
8 Sicherung der sozialen Stabilität unserer Gesellschaft zur Verfügung stehen. Sie sind  
9 Garanten technischer aber auch gesellschaftlicher Innovation. Für Politik muss daher gelten:  
10 Wirtschaftlich starke Unternehmen sind zwar nicht alles, aber ohne erfolgreiche  
11 Unternehmen ist alles nichts.

12 Nach nunmehr rund eineinhalb Jahrzehnten zunehmender Globalisierungsdynamik läßt sich  
13 folgendes sagen: die unterschiedliche Bedarfsentwicklung zwischen global agierenden  
14 Akteuren (Großunternehmen) die - wie große Vermögen auch - sich ideale  
15 Investitionsbedingungen projektbezogen und adhoc suchen können und kleinen bzw.  
16 mittelständische Unternehmen, deren Erfolg unmittelbar an nationale Rahmenbedingungen  
17 geknüpft ist, muss auch eine chancenorientierte Wirtschaftspolitik Rechnung tragen. Gerade  
18 auf Landesebene wollen wir Freidemokraten hin zu einem Chancen- und weg von einem  
19 Subventionswettbewerb der einzelnen Regionen.

20 Die Zielgruppe die wir Liberalen dabei vorrangig in den Blick nehmen wollen, ist die der  
21 Unternehmensgründer. Sie sind der wirtschaftliche Nachwuchs, welchem sich mit jeder  
22 neuen Idee die Möglichkeit eröffnet, eine Erfolgsgeschichte zu schreiben. Die jungen  
23 Unternehmen von heute sind die großen Beschäftigungslokomotiven von morgen.

24 Wir Freien Demokraten streiten daher für die bestmöglichen Rahmenbedingungen sodass  
25 Ideen, an die heute noch niemand glaubt, die Chance haben die Welt zu verändern.

26

27

**1. Was muss sich grundlegend ändern?**

28 Damit in Deutschland – wie auch im Freistaat – wieder verstärkt Unternehmen gegründet  
29 werden können, wollen wir die Rahmenbedingungen für Gründer verbessern. Nicht DAS eine  
30 Thema, sondern ein ganzes Maßnahmenbündel entscheidet letztlich darüber, ob ein  
31 gründerfreundliches Klima entsteht oder ob viele potentielle Gründer auf den letzten Metern  
32 doch noch der Mut verlässt.

**Außerordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 29. November 2015 in Stadtroda**

---

Seite 2 von 6

Leitantrag

---

**Antragsinhalt:**            **Der Freistaat als Gründerland - Wie Thüringen seine  
wirtschaftliche Zukunft sichern muss**

**Antragsteller:**            **Landesvorstand**

---

33 Wir Freien Demokraten sehen vor allem in den bürokratischen Hürden am Beginn viel  
34 Potential es Menschen leichter zu machen Unternehmer zu werden. Gerade hier müssen  
35 Gründer bisher viel Zeit in unproduktive Tätigkeiten stecken, die Ihnen beim Aufbau des  
36 eigentlichen Unternehmens fehlt. Während etablierte und gewachsenen Unternehmen  
37 oftmals über extra personelle Ressourcen verfügen, um lästige Bürokratie noch Beherrschbar  
38 zu halten, können Start-Ups hier schon vor ernste Herausforderungen gestellt werden.

39 Beim Start ins Unternehmerleben spielt auch die Finanzierung eine zentrale Rolle. Während  
40 andere Länder über eine ausgesprochene Gründerkultur verfügen – und damit auch mit  
41 etablierten Risikokapitalkultur – stehen jungen Unternehmen in Deutschland nur wenig  
42 Risikokapital zur Verfügung. Es geht nicht darum dass der Staat bzw. das Thüringer  
43 Wirtschaftsministerium alleinig Steuermittel zur Verfügung stellt – Mitnahmeeffekte und  
44 Marktverzerrung wären die Folge. Aber Akteure an einen Tisch zu bringen und privates  
45 Kapital zu ergänzen ist ein wichtiger Schritt, um einer guten Idee ins unternehmerische Leben  
46 zu verhelfen.

47 Wir Freien Demokraten treten an, um das gesellschaftliche Klima zu verbessern. Nur wenn  
48 wir die Innovationskraft, den Mut und das persönliche Risiko schätzen lernen, dass  
49 Menschen eingehen um unternehmerisch tätig zu sein, werden wieder mehr Menschen  
50 bereit sein zu gründen und für sich und andere Verantwortung zu übernehmen. Zentral dabei  
51 für uns ist, dass wir v.a. zu einem anderen Umgang mit persönlichen Fehlschlägen gelangen.  
52 Während man andernorts – auch bei einem Scheitern – die Gründer für ihren Mut und die  
53 gewonnenen Erfahrungen schätzt, haften ihnen in unserem Land oft ein Makel an. Für uns ist  
54 klar, jeder der bereit ist sich in das Abenteuer Gründung zu stürzen hat Respekt verdient und  
55 wir wollen ihn mit der freidemokratischen Politik einer Chancenkultur unterstützen.

56

57

**2. Was wollen wir konkret ändern?**

58

**A. Bürokratischer „Welpenschutz“ für Existenzgründer**

59 Um in den ersten Jahren ihrer Existenz das für junge Unternehmen wesentliche in den Blick  
60 zu nehmen, bedarf es eines bürokratischen Welpenschutzes für Existenzgründer. Im Jahr der  
61 Gründung und in den darauf folgenden drei Jahren müssen gerade gegründete  
62 Unternehmen von möglichst vielen Regelungen befreit werden. Die Ausnahmen sollen vor  
63 allem für steuerrechtliche Regelungen und ausgewählte arbeitsrechtliche Regeln gelten.

64

**Außerordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 29. November 2015 in Stadtroda**

Seite 3 von 6

Leitantrag

---

**Antragsinhalt: Der Freistaat als Gründerland - Wie Thüringen seine wirtschaftliche Zukunft sichern muss**

**Antragsteller: Landesvorstand**

---

65 • **Aussetzen der Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge.** Aktuelle müssen  
66 Unternehmen die Sozialversicherungsbeiträge ihrer Beschäftigten zweimal im Monat  
67 abrechnen: Einmal vorab auf Basis einer Schätzung und ein zweites Mal auf Basis der  
68 tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden. Dies führt zu einem massiven – und für junge  
69 Unternehmen – kaum beherrschbaren bürokratischen Aufwand. Wir wollen, dass zukünftig  
70 junge Unternehmen nur einmal im Monat die Sozialversicherungsbeiträge abführen müssen.

71 • **Umsatzsteuerpflicht auf halbjährlicher Basis.** Gründer müssen zurzeit mindestens im  
72 ersten Jahr die fällige Umsatzsteuer monatlich erklären und abführen. Wir wollen, dass  
73 Gründer die Umsatzsteuer höchstens halbjährlich erklären und abführen müssen. Damit  
74 würden diese gerade im ersten Jahr der Gründung von einem erheblichen bürokratischen  
75 Aufwand entlastet. Zudem erzielen **viele** Gründer im ersten Jahr keinerlei Umsätze  
76 (Anlaufphase), sodass die geltende Regelung praxisfern ist.

77 • **Ist-Besteuerung als generelles Erhebungsverfahren.** Ab einem Schwellenwert von  
78 500.000 Euro Umsatz müssen Unternehmen die Umsatzsteuer nach dem Soll-  
79 Besteuerungsverfahren abführen – ob die erbrachte Leistung vom Kunden bezahlt wurde  
80 oder nicht. In der Realität kann dies zu großen Liquiditätsproblemen führen. Beim Ist-  
81 Besteuerungsverfahren müssen Unternehmen die Umsatzsteuer auf erbrachte Leistungen  
82 erst dann abführen, wenn der Kunde die Leistungen bezahlt hat. Wir Freien Demokraten  
83 fordern die generelle Umstellung auf die Ist-Besteuerung – nicht nur für junge Unternehmen.

84 • **Zeitliche Herausnahme von Start-Ups aus dem Geltungsbereich.** Schon heute gelten  
85 zahlreiche Ausnahmen vom allgemeinen Kündigungsschutz für Kleinunternehmen. Der  
86 Kündigungsschutz gilt beispielsweise erst ab dem 11. Mitarbeiter. Ab dem 5. Mitarbeiter  
87 muss ein Betriebsrat eingerichtet werden, wenn die Beschäftigten dies wünschen. Wir  
88 Liberalen fordern die zeitliche Herausnahme von Start-Ups aus dem Geltungsbereich im Jahr  
89 der Gründung und den darauf folgenden zwei Jahren.

90 • **Befreiung der Start-Ups vom Rundfunkbeitrag.** Wir Freien Demokraten wollen, dass  
91 Gründer in den ersten drei Jahren vom Rundfunkbeitrag befreit werden

92 **B. Gute Rahmenbedingungen für privates Risikokapital**

93 Junge Unternehmen brauchen Geld. Kaum eine Idee die ohne zusätzliche Investitionen in  
94 Forschung und Entwicklung oder Vertrieb auskäme. Daher ist es für junge Unternehmer  
95 existenziell auf Risikokapitalgeber zurückgreifen zu können. Wir Freien Demokraten sind  
96 der Überzeugung, dass auch ein positives Umfeld für Risikokapitalgeber entscheidend für  
97 den Erfolg von Unternehmensgründungen ist.

**Außerordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 29. November 2015 in Stadtroda**

Seite 4 von 6

Leitantrag

---

**Antragsinhalt:        Der Freistaat als Gründerland - Wie Thüringen seine  
                                 wirtschaftliche Zukunft sichern muss**

**Antragsteller:        Landesvorstand**

---

98        •        **Steuerfreiheit von Veräußerungsgewinnen aus Streubesitz erhalten.** Derzeit können  
99 Veräußerungsgewinne aus Beteiligungen unter 10 Prozent steuerfrei weiterverwendet  
100 werden. Der Bundesrat hat jedoch 2015 eine Initiative gestartet, diese Veräußerungen zu  
101 besteuern. Dies wäre ein fatales Signal an die Business Angels wie die Start-Up-Szene  
102 insgesamt. Denn käme es zu einer Umsetzung des Entwurfes, würde, dies unmittelbar zu  
103 einer Verringerung des Finanzvolumens der Risikokapitalgeber führen und somit weniger  
104 privates Kapital für die Unterstützung von Unternehmensgründungen zur Verfügung stehen.  
105 Damit wäre manche gute Idee zukünftig vom Markteintritt ausgeschlossen.

106        •        **Erleichterung für institutionelle Investoren.** Institutionelle Investoren wie  
107 Versicherungen und Pensionsfonds können zurzeit keine als hochriskant geltenden  
108 Investitionen in Start-Ups tätigen. Dabei wären gerade Anleger, denen viel Kapital zur  
109 Verfügung steht, in der Lage, breit – und mit gestreutem Risiko – in viele Start-Ups zu  
110 investieren. Sie könnten so die normierte Risikostreuung für Investitionen auch in noch junge  
111 Unternehmen optimal absichern. Zudem bietet gerade eine Zeit die niedrigen Zinsen  
112 optimale Voraussetzungen um institutionelle Investoren für Investitionen in junge  
113 Unternehmen – und damit in die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Deutschland – zu  
114 begeistern. Wir Freien Demokraten wollen erreichen, dass zukünftig auch institutionelle  
115 Investoren breit in Start-Ups investieren können – mit bis zu fünf Prozent des ihnen zur  
116 Verfügung stehenden Kapitals.

117

118        **C.        Gründer sind unsere Zukunft – gesellschaftliches Klima für Unternehmertum  
119 verbessern**

120 Gründer sind die Zukunft unseres wirtschaftlichen Erfolges. Sie schaffen die erfolgreichen  
121 Unternehmen von morgen. Die jungen Akteure benötigen dazu einen Raum in dem sie  
122 agieren, Erfahrungen sammeln und erfolgreich die eigene Zukunft gestalten können. Dazu  
123 müssen nicht nur die normierten Rahmenbedingungen stimmen, sondern es braucht auch  
124 ein gesellschaftliches Klima das „Mut macht zum Mut haben“.

125        •        **Flächendeckende Einführung eines Schulfaches für Ökonomische Bildung.**  
126 Ökonomische Bildung findet zu Zeit in Deutschland an Schulen nicht systematisch und  
127 flächendeckend statt. Es gibt in einigen Bundesländern Fächer wie Wirtschaft und Recht (z.B.  
128 Bayern und Thüringen) die auch wirtschaftliche Kompetenzen vermitteln sollen. Dies sind  
129 zumeist Mischfächer, die nur in wenigen Klassenstufen unterrichtet werden. Die deutsche  
130 Bildungskleinstaaterei wirkt sich auch hier negativ aus. Für viele Schüler beschränkt sich die  
131 Behandlung wirtschaftlicher Inhalte somit auf wirtschaftsferne Fächer wie Geschichte oder

**Außerordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 29. November 2015 in Stadtroda**

Seite 5 von 6

Leitantrag

---

**Antragsinhalt:**        **Der Freistaat als Gründerland - Wie Thüringen seine wirtschaftliche Zukunft sichern muss**

**Antragsteller:**        **Landesvorstand**

---

132 Geografie. Unseren Schülern fehlt somit theoretisches und praktisches Wissen über  
133 wirtschaftliche Abläufe, was die spätere Gründungsneigung der deutschen Schüler nicht  
134 förderlich ist. Daher wollen wir Freidemokraten die flächendeckende Einführung eines  
135 Faches für den Wirtschaftsunterricht an allen weiterführenden Schulen in Deutschland.

136 •        **Ergänzung der universitären Curricula.** Auch an den Universitäten spielt das Thema  
137 Unternehmensgründung nur eine untergeordnete Rolle – ob als Lehrinhalt, Gründertrainings  
138 oder Projekten. Die Erfahrung zeigt jedoch, dass gerade im universitären Umfeld  
139 Ausgründungen erfolgreich sein können. Die High-Tech Gründerszene rund um die  
140 Universität und Fachhochschule Jena oder die TU Ilmenau sind Beleg dafür. Zumeist sind dies  
141 jedoch Gründungen, die einen jahrelangen Vorlauf in universitären Projekten haben. Ziel  
142 muss es jedoch sein um Universitäten ein Gründerumfeld zu schaffen, in dem auch Ideen aus  
143 anderen Bereichen als „lediglich“ weitentwickelten Hochschulprojekten ihren Anfang  
144 nehmen. Um auch dieses Potential zu heben, sollten praxisorientierte Kurse zum Thema  
145 Unternehmensgründungen angeboten werden sowie die Universitäten ihr Angebot an  
146 Beratung potentieller Gründer ausbauen.

147

148 **D.        Thüringen: Das Grün(d)e(r) Herz Deutschlands**

149        Unternehmensgründungen finden nicht irgendwo statt, sondern stets an konkreten  
150 Standorten. Wir Freidemokraten wollen das Gründerklima nicht zuletzt im Freistaat  
151 selbst verbessern. In der Praxis bilden sich Regionen heraus, die Unternehmensgründer  
152 besonders anziehen und so eine überdurchschnittliche Gründerrate haben (z.B. Berlin)  
153 Die Attraktivität einer Region hängt nicht zuletzt von vielen Faktoren ab.

154 •        **Clustermanagement im Freistaat.** Stadtverwaltungen und lokale Politik können über  
155 verschiedene Stellschrauben versuchen die Attraktivität ihrer Region für Unternehmen zu  
156 erhöhen. Dies kann zum Beispiel über die Einrichtung eines zentralen Ansprechpartners für  
157 Gründer erfolgen, der die Bedürfnisse, Kultur und Sprache seiner Zielgruppe versteht. Ob  
158 eine Stadt oder Region zu einem Gründungszentrum wird, hängt in jedem Falle auch vom  
159 Engagement vor Ort ab. Wir Freien Demokraten wollen die Landkreise, Städte und  
160 Kommunen durch eine zentrale Gründerstelle unterstützen, weiterbilden und Hilfe zur  
161 Selbsthilfe leisten.

162 •        **Optimierung der Prozesse zur Unternehmensgründung.** Die Dauer für die Gründung  
163 eines Unternehmens ist in einzelnen Bundesländern höchst unterschiedlich. Das Institut für  
164 Mittelstandsförderung gibt als Spitzenreiter von 4,25 Arbeitstagen (Bremen und  
165 Mecklenburg-Vorpommern) an. Thüringen liegt mit 7,75 Arbeitstagen deutlich darüber.

**Außerordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen  
am 29. November 2015 in Stadtroda**

---

Seite 6 von 6

Leitantrag

---

**Antragsinhalt:**        **Der Freistaat als Gründerland - Wie Thüringen seine  
wirtschaftliche Zukunft sichern muss**

**Antragsteller:**        **Landesvorstand**

---

166    Hauptursache ist die steuerliche Anmeldung beim Finanzamt. Hier unterscheiden sich die  
167    einzelnen Bundesländer stark. Die Verfahrensdauer liegt in der Entscheidungs- und  
168    Verbesserungskompetenz des Landes. Wir Freien Demokraten streben hier eine  
169    Prozessverbesserung an, sodass Thüringen rasch zu den schnellsten Verfahrensländern  
170    aufschließen kann.

171    •        **Faire Chancen auf öffentliche Aufträge:** Wirtschaftspolitik mit Gründergeist bedeutet  
172    auch Existenzgründern eine faire Chancen auf öffentliche Aufträge einzuräumen. Wir Freien  
173    Demokraten stehen dafür, dass stets nur die *erforderlichen* Ausschreibungsbedingungen  
174    festgesetzt werden - und *nicht die höchst denkbaren*. Wer beispielsweise in den  
175    Ausschreibungsunterlagen fordert, dass Bieter ein Vielfaches der ausgeschriebenen  
176    Auftragssumme an Jahresumsatz nachweisen müssen, wer Versicherungssummen fordert,  
177    die die Auftragssumme und ggf. absehbare Schäden übersteigen, wer Mitarbeiterzahlen  
178    fordert, die weit über dem für den Auftrag erforderlichen Rahmen liegen, schließt ohne Not  
179    Unternehmen vom Wettbewerb aus.